

UN-Nachhaltigkeitsziele in einer globalisierten Wirtschaft - Quadratur des Kreises?

Vortrag von Jürgen Maier, Geschäftsführer des [Forum Umwelt und Entwicklung](#), am 13.5.2019 im Rahmen der Veranstaltungsreihe zum Thema „UN-Nachhaltigkeitsziele“ des [Eine Weltforum Würzburg](#).

2015 haben die Vereinten Nationen (UNO) 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) beschlossen, mit denen die Welt ökologisch nachhaltig und sozial gerecht werden soll. Aber mit der Umsetzung hapert es wie auch schon bei Vorläuferprogrammen.

Gleichzeitig plant die EU über 20 neue Freihandelsabkommen, mit denen die neoliberale Freihandelsideologie weiter vorangetrieben werden soll. Beides zusammen steht in einem unauflösbaren Widerspruch: die Wende zur Nachhaltigkeit kann nur mit einer anderen Wirtschaftspolitik gelingen, in der nicht mehr die Profitmaximierung als oberstes Ziel steht.

Es ist jetzt über 3 Jahre her, als die Generalversammlung der Vereinten Nationen die sogenannte „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ im Konsens aller 193 Mitgliedsstaaten beschlossen hat. Mit Hilfe dieser Agenda sollen die globalen Herausforderungen wie Armut, Hunger und Klimawandel bewältigt werden. Kern der Agenda sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), die bis 2030 erreicht werden sollen. Diese Agenda 2030 ist universell gültig, d.h. alle Länder der Erde haben versprochen, die 17 Ziele und ihre 169 Unterziele umsetzen, also auch Deutschland und die anderen Industrienationen. Diese 17 SDGs verbinden wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen und decken ein breites Spektrum ab: Armuts- und Hungerbekämpfung, Verringerung von Ungleichheit, Ziele zu Wasser und Sanitärversorgung, zu nachhaltiger Energie, zu Meeresschutz, zu Konsum- und Produktionsweise usw. Sie sind auch nicht ganz widerspruchsfrei, das Bekenntnis zu Wirtschaftswachstum fehlt genauso wenig wie das Bekenntnis zum Klimaschutz und zu gerechten Handelssystemen, obwohl das nicht immer so einfach zusammenpasst.

Wirklich neu sind diese Nachhaltigkeitsziele nicht. Schon 1992, beim mittlerweile historischen Erdgipfel in Rio, beschlossen die Staaten der Welt die sogenannte Agenda 21, die Agenda für das 21. Jahrhundert, ein telefonbuchdickes Dokument mit 40 Kapiteln, in der die Marschroute für Nachhaltige Entwicklung vorgegeben wurde. An vielen Orten entstanden „Lokale Agenda 21“-Gruppen, die das vor Ort erreichen wollten. Schon 10 Jahre später, beim nächsten Weltgipfel in Johannesburg 2002, musste die UN feststellen, dass das Meiste blieben Absichtserklärungen. Umgesetzt wurde nicht allzu viel - jedenfalls viel zu wenig. Auch die neuen Nachhaltigkeitsziele, die Agenda 2030, sind genauso unverbindlich wie ihre Vorläufer – auch wenn die Krisen der Welt heute ungleich dringlicher sind als noch 1992.

Was also bedeutet die Großaufgabe der UN-Nachhaltigkeitsziele für Deutschland? Dass ein Exportweltmeister einen ziemlich großen ökologischen Fußabdruck hat, kann eigentlich nicht verwundern. Für so etwas gibt es einen interessanten Maßstab, nämlich den sogenannten „Overshoot Day“. Das ist so ein Begriff den man kaum ins Deutsche übersetzen kann. „Erdüberlastungstag“ passt noch am ehesten. Es ist der Tag, an dem wir im Kalenderjahr die regenerierbaren natürlichen Ressourcen aufgebraucht haben und auf Pump leben, Raubbau betreiben. Für die ganze Welt liegt er inzwischen am 2. August, für Deutschland bereits am 3. Mai. Vor 50 Jahren lag dieser Termin noch Ende November.

Schon diese einfache Tatsache zeigt, dass wir in den letzten Jahrzehnten seit der Rio-Konferenz 1992 nicht wirklich viel vorangekommen sind auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Ja, die deutsche Energiewende, der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ist sicher eine Erfolgsstory. Auch wenn die Regierung sie heute ständig verlangsamt, und sie ist es eben auch, weil sie in einem Industrieland vom Kaliber Deutschlands stattfindet, das hat eben eine ganz andere Bedeutung als wenn es in einem kleinen Land stattfindet. Aber: Nicht jedes Land ist so reich, dass es sich den Luxus leisten kann, gleichzeitig Weltmeister im Subventionieren von Kohle und Erneuerbaren Energien zu sein. Aus der Atomkraft sind auch schon andere Länder ausgestiegen, oder gar nicht erst eingestiegen, oft genug, weil sie ihnen schlicht zu teuer war. Noch immer hat Deutschland einen Pro-Kopf-CO₂-Ausstoß von ca. 10 Tonnen pro Person und Jahr – nachhaltig wäre etwa ein Fünftel bis ein Viertel davon.

Die Deutschen verbrauchen 16.2 Tonnen Rohstoffe pro Kopf und Jahr, das sind 44 kg am Tag, Tendenz steigend – doppelt so viel wie der Welt-Durchschnitt.¹ Dieses Verbrauchsmuster setzen wir mit der Energiewende, den Elektroautos, der Digitalisierung und all den HiTec-Infrastrukturen nahtlos fort: von der Weltproduktion von Lithium von knapp 200 000 Tonnen geht ein Fünftel nach Europa, das meiste nach Deutschland. Unser Müllaufkommen liegt bei über 220 kg pro Kopf und Jahr, Tendenz auch steigend. Vor 10 Jahren waren es noch 190 kg. Wir mögen Europameister in der Mülltrennung sein, aber leider sind wir auch Europameister in der Müllproduktion. Niemand produziert so viel Müll wie wir. Wir sammeln auch viel Altpapier, mehr als andere Länder, aber wir verbrauchen auch mehr Papier als andere. Merkwürdigerweise liegt Frankreich konstant bei etwa 60% des deutschen Papierverbrauchs. Wenn er steigt, steigt er in beiden Ländern, wenn er sinkt auch – aber warum die Franzosen bei einem doch recht ähnlichen Lebensstil mit 60% unseres Papierverbrauchs klarkommen, also mit 140 statt 252 kg pro Kopf und Jahr konnte mir noch niemand erklären.

2

Mehr Weltmarktorientierung, Mehr Agrarindustrie, weniger Regenwald, noch weniger Kleinbauern

Ein großes Sorgenkind ist die Landwirtschaft, die Agrar- und Ernährungsindustrie in Deutschland. Das liegt nicht an den Verbrauchern, die haben inzwischen ein erheblich gestiegenes Bewusstsein für gesunde und auch nachhaltige Ernährung. Ganz anders die Politik. Das Sterben der bäuerlichen Landwirtschaft hat sich beschleunigt, mit jedem Freihandelsabkommen: je mehr Weltmarktorientierung, desto mehr Agrarindustrie. Fast 7 Millionen Tonnen Soja importiert Deutschland für seine Massentierhaltung, und dafür brauchen wir fast 3 Millionen Hektar Fläche im Ausland, mehr als die Hälfte davon in Brasilien. Das war mal Regenwald. Nur deshalb schaffen wir es, 6 Millionen Tonnen Milchprodukte und fast 6 Millionen Tonnen Fleisch in alle Welt zu exportieren, meist zu sehr günstigen Preisen. Zu günstig für viele Bauern woanders, zu niedrig auch für immer mehr deutsche und europäische Bauern. Die deutsche Agrarwirtschaft ist mit ihren Billig-Exporten nicht nur ein Riesenproblem für Kleinbauern in Afrika, wo sie längst eine Migrationsursache geworden ist. Selbst in der EU ist die deutsche Agrarwirtschaft, mit voller Rückendeckung der deutschen Politik, zu einem absoluten Nachhaltigkeitsbremser geworden. Nach jahrzehntelangem Verstoß gegen die EU-Nitratrichtlinie werden wohl jetzt bald Strafzahlungen fällig, weil unser weit überzogener Tierbestand eine Problemlösung überhaupt nicht zulässt: 27 Mio Schweine, 12 Mio Rinder, 164 Mio Hühner. Der Inlands-Fleischverbrauch sinkt inzwischen, die Produktion nicht: es wird eben mehr exportiert. Auch die Billig-Mentalität wird zunehmend exportiert, Frankreichs Bauern machen inzwischen schon ab und zu Blockaden an der Kehler Rheinbrücke gegen Lidl-Lastwagen. Die Zustände auf deutschen Schlachthöfen sind so haarsträubend, und zwar nicht nur für das Schlachtvieh, sondern auch für die dort Beschäftigten, dass Schlachthöfe in unseren Nachbarländern massive Verluste beklagen müssen, weil der Schlachttourismus nach Deutschland enorme Ausmaße angenommen hat. Nirgendwo schlachtet es sich so billig wie in Deutschland.

Aber es geht nicht nur um die Tierhaltung. Noch ein paar Zahlen mehr: Deutschland importiert jährlich 1 Mio. Tonnen Palmöl, das zur Hälfte für Energiezwecke genutzt wird, also einfach verbrannt wird. Für die Produktion

dieses Palmöls sind abermals große Flächen im Ausland nötig, etwa 300 000 Hektar meistens frühere Regenwaldfläche in Südostasien. Von unserem Holzverbrauch von 250 Millionen Kubikmetern importieren wir die Hälfte, Sie sehen: schon wieder hoher Flächenverbrauch im Ausland. Was wir mit dem Holz machen, ist zu weiten Teilen alles andere als nachhaltig: zum Beispiel werden in Deutschland Jahr für Jahr 90 Millionen Paletten verbraucht, die allermeisten davon – Einweg.

Wir beklagen die Überfischung der Meere, ja, und eine nennenswerte Fischereiflotte haben wir nicht mehr. Aber wir sind einer der wichtigsten Märkte für Fisch, 1.15 Millionen Tonnen ist der Jahresverbrauch, 14.4 kg pro Kopf. Nachhaltig wäre noch nicht mal die Hälfte davon.

Man könnte noch viele weitere solche Zahlen aufzählen, etwa über den Verkehr und die Autoindustrie, die gehören zu den ganz Großen Problembereichen deutscher Nachhaltigkeitspolitik. Sie sehen: bei näherem Hinsehen bleibt vom Nachhaltigkeitsvorreiter Deutschland nicht viel übrig, in letzter Zeit erlahmt sogar der Ehrgeiz etwas zu tun, immer stärker wird Deutschland zum Bremsen. Wir zehren von den Erfolgen der Vergangenheit. Die Zeiten, in denen ein deutscher Bundeskanzler eine einseitige Reduktion der Treibhausgasemissionen von 25% verspricht, ganz ohne internationales Abkommen, wie Helmut Kohl in Rio 1992, die sind vorbei. Schon lange. Also: der Handlungsbedarf ist groß auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Wir müssen also einiges ändern.

In der Sackgasse

Lassen Sie uns also über Wirtschafts- und Finanzpolitik reden, denn das ist der Kern von Politik. Wer gestalten will, muss auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik Einfluss nehmen. Das gilt erst recht für eine Politik, die mehr Nachhaltigkeit erreichen will – mit der heutigen Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik kommen wir nicht weiter. Die heutige Wirtschaftspolitik ruft fast überall auf der Welt immer weniger Gewinner und immer mehr Verlierer hervor und ist in eine Legitimitätskrise geraten. Schon mit der Finanzkrise 2008 und der anschließenden Euro-Krise dämmerte vielen Menschen, dass unser angeblich „alternativloses“ Wirtschaftssystem fundamental nicht-nachhaltig ist. In nahezu allen westlichen Industrieländern und auch vielen Schwellenländern hat sich die Wirtschaftspolitik seit dem Erdgipfel von Rio 1992 weit von den Geboten nachhaltigen Wirtschaftens wegbewegt. Unter den Vorzeichen der neoliberalen Ideologie haben Regierungen Handelsabkommen – allen voran die WTO-Verträge – geschlossen, mit denen sie die für eine Transformation zur Nachhaltigkeit erforderlichen Regulierungsmöglichkeiten per Völkerrecht erschwert haben. Dabei geht es nicht unbedingt darum, mehr zu regulieren, sondern es geht darum, anders zu regulieren, mit anderen Zielen, anderen Prioritäten. In allen Handelsverträgen wird es explizit untersagt, Produkte nach ihrer Herstellungsweise unterschiedlich zu behandeln: Ein T-Shirt ist ein T-Shirt, egal ob die Näherinnen ausgebeutet wurden oder anständig bezahlt wurden. Ein Computer ist ein Computer, egal ob bei seiner Herstellung die Umwelt verseucht wurde oder umweltgerecht gewirtschaftet wurde. Nachhaltigkeit spielt in Handelsabkommen keine Rolle, abgesehen von folgenlosen Präambeln oder von sogenannten „Nachhaltigkeitskapiteln“, denen im Gegensatz zum Rest der Verträge die Durchsetzungsmechanismen fehlen.

Das wenig überraschende Ergebnis ist, dass es im Zeitalter schrankenloser globaler Konkurrenz ein klarer Wettbewerbsvorteil ist, wenn Produktionsketten – auch „Wertschöpfungsketten“ genannt – globalisiert werden und dabei möglichst viel in Länder ausgelagert wird, deren Realitäten genau diese Ausbeutung und Raubbau an der Umwelt zulassen. Nicht nur die multinationalen Konzerne des Nordens, sondern auch die Eliten aus den Schwellenländern verdienen an diesem System hervorragend, allerdings hat es mit „Entwicklung“ wenig und mit „Nachhaltigkeit“ nichts zu tun. Die fatalen Konsequenzen drängen sich periodisch bei Katastrophen wie dem Rana-Plaza-Einsturz in Bangladesch oder der Giftschlammwawine im brasilianischen Rio Doce immer wieder in die

Schlagzeilen, aber Außer betroffenen Gesichtern und schwer kontrollierbaren „freiwilligen Selbstverpflichtungen“ sind die Konsequenzen in der Regel keine. Die Realität ist, das Geflecht internationaler Handelsverträge lässt eine Regulierung solcher Produktionsketten im Sinne von mehr Nachhaltigkeit praktisch nicht mehr zu. Das ist kein Betriebsunfall, sondern das ist genau der Zweck der Art von Globalisierung, die seit 1992 systematisch politisch vorangetrieben wurde und weiter wird. Die Krönung dieser Blockade von Regulierung im öffentlichen Interesse sollte das TTIP-Projekt werden: Die dort geplante „regulatorische Kooperation“ hätte jeden Versuch, mit höheren Standards oder anderen Regulierungsmaßnahmen Nachhaltigkeit voranzutreiben, unter den Vorbehalt eines zu vermeidenden „Handelshemmnisses“ gestellt und mit Investor-Staats-Klagen wegen „Gefährdung legitimer Gewinnerwartungen“ bedroht.

Wollen wir so weitermachen, können wir so weitermachen? Für die deutsche Wirtschaft läuft die Globalisierung, die bisherige Handelspolitik ausgesprochen erfolgreich. Die Handelspolitik hat weltweit erfolgreich Märkte geöffnet. Die deutschen Exportüberschüsse wachsen kontinuierlich, inzwischen sind es über 250 Milliarden Euro. Jeder in Deutschland lebende Mensch hat statistisch etwa 3.000 Euro Exportüberschuss gegenüber dem Rest der Welt erwirtschaftet. Ein einsamer Weltrekord - der Wert für China liegt bei gerade einmal 170,- Euro. Nun könnte man sagen, was ist das Problem, ist doch schön. Leider ist es aber unmöglich, dass die Welt als Ganzes einen Exportüberschuss erwirtschaftet. Der Exportüberschuss des einen ist zwingend das Handelsbilanzdefizit woanders. Es gehört nicht viel Verstand dazu, zu erkennen, dass es nicht nachhaltig sein kann, wenn ein Land Jahr für Jahr seine Exportüberschüsse in immer neue Höhen steigert – auf Kosten des Rests der Welt. Dieses Ungleichgewicht verursacht längst enorme weltwirtschaftliche Probleme. Außerhalb Deutschlands wird dies offen diskutiert, in Deutschland selbst wird es tabuisiert. Die Steigerung der Exportüberschüsse ist und bleibt unbestrittene Staatsdoktrin. In Deutschland findet diese Diskussion erst statt, seit Trump mit Strafzöllen nicht nur droht, sondern sie sogar verhängt. Inzwischen haben die deutschen Exportüberschüsse Rekordhöhen von acht Prozent des BIP erreicht. Laut den Regeln der EU sind dauerhafte Leistungsbilanzüberschüsse von über sechs Prozent ein Problem für die Euro-Zone. Schon jetzt verstößt Deutschland seit 2007 ununterbrochen gegen diesen Wert.

4

Längst untergräbt der deutsche Exporterfolg seine eigenen Grundlagen. Innerhalb der EU kann selbst Frankreich nicht mehr mit der deutschen Exportmaschine mithalten. Die Gemeinschaftswährung Euro führt zu einer systematisch unterbewerteten Währung in Deutschland – Grundlage der extremen Exporterfolge – und einer systematisch überbewerteten Währung in Frankreich und Südeuropa. Frankreichs wirtschaftliche Schwäche und die sinkende Kaufkraft wachsender Bevölkerungsanteile führte 2015 erstmals dazu, dass das Land auf Platz 2 der Rangliste der deutschen Handelspartner abrutschte. Platz eins sind jetzt die USA. Die USA sind aber das Land mit einem der größten Handelsbilanzdefizite der Welt – zu welchen Verwerfungen dies führt, kann man in der US-Politik plastisch sehen. Wie nachhaltig ist es, diese Exportüberschüsse noch weiter steigern zu wollen? Aber das ist genau das Ziel der etwa 20 weiteren Freihandelsabkommen mit allen möglichen Ländern, die die EU noch in der Pipeline hat, maßgeblich auf deutsches Betreiben.

Die Prioritäten der EU-Handelspolitik folgen weiterhin den Grundzügen einer Strategie aus dem Jahr 2006 genannt „Global Europe“. Sie war eine Reaktion auf den vielzitierten Stillstand in der WTO, der in Wirklichkeit vor allem ein erfolgreicher Widerstand der Entwicklungsländer gegen die kompromisslose Marktöffnungs- und Liberalisierungsagenda von EU und USA ist. Noch im Herbst 2015 wurden die Ziele dieser Strategie von der Kommission bekräftigt– man will sie zwar besser kommunizieren, aber nicht die Inhalte ändern.

Das zentrale Ziel der Global Europe-Strategie ist, die EU soll der »wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt« werden, und wenn man das zum Ziel hat, dann ist natürlich klar: dafür müssen die Märkte der anderen geöffnet

werden, und ebenso klar ist, dass der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt von solchen schrankenlos offenen Märkten am meisten profitiert und die anderen davon nicht ganz so begeistert sein können.

Soweit wir das wissen, und wir wissen beileibe nicht alles angesichts der hartnäckigen Geheimniskrämerei in der Handelspolitik, geht es bei diesen Abkommen im Prinzip immer wieder um all das, was sie bei TTIP schon versucht haben: noch mehr Marktöffnung vor allem in den Agrar- und Dienstleistungsmärkten, Regulierung im öffentlichen Interesse erschweren, weil das ja ein »Handelshemmnis« ist, Kommerzialisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, eine Paralleljustiz für Konzerne. Also Globalisierung wie gehabt, weiter so, ohne Rücksicht auf Verluste, auch wenn die Risiken und Nebenwirkungen dieser Globalisierungspolitik inzwischen an jedem Wahlergebnis ablesbar sind.

Eines der zentralen Themen ist praktisch bei allen geplanten Handelsabkommen, die Dienstleistungsmärkte weiter zu öffnen für europäische Konzerne. Aldi und Lidl sollen in den indischen Einzelhandelsmarkt einsteigen können. DHL soll Pakete in Malaysia austragen können. Chile soll Post, Telekommunikation und Abfallsammlung liberalisieren, sprich kommerzialisieren. Ähnliche Forderungen – zum Beispiel nach Übernahme von bis zu 100 Prozent lokaler Fernseh- und Radiostationen durch ausländische Konzerne – richtet die EU an Kolumbien, Costa Rica, Mexiko, Pakistan, Panama, Paraguay und Peru. Ausdrücklich verlangt die EU von diesen Ländern, Bestimmungen abzuschaffen, wonach Privatisierungen etwa der kommunalen Wasserversorgung wieder rückgängig gemacht werden können.

Und so weiter. Was soll das? Wer hat beschlossen, dass so etwas im öffentlichen Interesse Europas ist? Ob das in diesen Ländern Arbeitsplätze kostet, ob die erzwungene Kommerzialisierung und Deregulierung öffentlicher Dienstleistungen wirklich so eine gute Idee ist – Fragen, die sich die Kommission nicht stellt und die sich der Rest der Welt längst stellt, nicht nur in Davos. In diesen sogenannten modernen Handelsabkommen wie TISA und CETA gilt der Negativlisten-Ansatz – das zeigt, wo es nach dem Willen der Kommission und Europas Regierungen langgehen soll: alles wird liberalisiert, vollständige und irreversible Marktöffnung ist die Regel - es sei denn es werden Ausnahmen definiert. Diese Politik wollen zwar die meisten Menschen in Europa nicht mehr, aber das ist noch lange kein Grund die Handelspolitik zu ändern.

5

Roulettespiel mit der Zukunft der Landwirtschaft

Ein weiterer roter Faden, der sich durch alle geplanten Abkommen zieht, ist auch die weitere Globalisierung der Agrarmärkte, ohne Rücksicht auf Verluste. Hier sind die Widerstände besonders groß. Der Widerstand gegen TTIP fing bekanntlich auch mit dem Essen an. Erklärtes Ziel ist die weitere Senkung der Erzeugerpreise, und das heißt im Klartext die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft, denn mit diesem Preisdruck können bäuerliche Erzeuger überall auf der Welt nicht mithalten. Die Verbraucher wollen längst was anderes. In den Supermärkten werden regionale Produkte beworben, die Nachfrage nach Bio steigt schneller als die eigene Produktion. Mit 20 geplanten Freihandelsabkommen versucht die EU, Fleischmärkte in Asien, den Philippinen, Japan usw. zu öffnen, um für die agrarindustrielle Überproduktion in der EU neue Märkte zu finden – und dort bäuerliche und regionale Strukturen platzumachen. Deswegen ist der Widerstand in Japan und asiatischen Ländern gegen diese Abkommen vor allem unter den Bauern stark, weil sie diese Abkommen als das begreifen was sie sind: eine Kampfansage an die bäuerliche Landwirtschaft. Mit den geplanten Freihandelsabkommen mit den Agrarexportländern Südamerikas sowie Australien und Neuseeland soll umgekehrt die europäische Landwirtschaft unter weiteren massiven Preisdruck gesetzt werden. Ein regelrechter Preiskrieg, Roulettespiel mit der Zukunft der Landwirtschaft, anachronistisch aber politisch gewollt von Europas Regierungen von links bis rechts und der EU-Kommission. Schon die russischen Sanktionen gegen die EU-Landwirtschaft haben gezeigt, welche fatalen Konsequenzen diese Weltmarktfixierung hat. Jenseits aller Umwelt- und Tierschutzargumente ist sie auch ökonomisch eine Sackgasse, aber Europas Regierungen bleiben unbeirrt bei dieser fatalen Politik.

Gerade die EU-Handelspolitik gegenüber Afrika wird immer mehr zu einer Fluchtursache. Als der Bundeslandwirtschaftsminister im Oktober 2015 seinen „Milchexportgipfel“ einberief, um die politisch verursachten Milchüberschüsse zu exportieren, fragte leider niemand, wie viele afrikanische Bäuerinnen und Bauern wir eigentlich noch ruinieren wollen. Ein Drittel der EU-Milchexporte gehen jetzt schon als Milchpulver nach Afrika – die Bauern dort können damit nicht konkurrieren. Aber die EU will immer noch mehr Marktöffnung, bis auch der allerletzte Zoll, die allerletzte „Handelsbarriere“ gefallen ist. Wer es für „nachhaltig“ hält, überall auf der Welt und auch im eigenen Land bäuerliche Landwirtschaft in den Ruin zu treiben und globalen Agrarmultis die Kontrolle über die Märkte zu geben, hat das ganze Konzept von Nachhaltigkeit nicht verstanden.

Ganz hoch auf der Tagesordnung steht auch in allen halbwegs wichtigen Abkommen die Einführung der neuen Investitionsschiedsgerichte, die sich die EU als Reaktion auf die massive Kritik an den privaten Schiedsgerichten ausgedacht hat. Sie sind eine etwas modernere Paralleljustiz für Konzerne als bisher, aber in der Substanz dasselbe. Kein normaler Mensch versteht, warum unsere Verwaltungsgerichte zwar gut genug für Sie und mich sind, aber nicht für multinationale Konzerne, und kein normaler Mensch versteht, warum Konzerne neue Klagerechte erhalten sollen, aber auf keinen Fall neue Pflichten bekommen sollen – das ist neoliberale Wirtschaftspolitik vom Feinsten, und die Kommission, die Regierungen der EU und auch das Europaparlament wollen daran nichts ändern.

Jahrzehntelang waren die Eliten der Bundesrepublik Deutschland davon überzeugt, dass die Exporterfolge des Wirtschaftswunderstaats die Grundlage für den Wohlstand seien. Diese Gleichung funktioniert so nicht mehr. Der Preis, der für die Exporterfolge zu bezahlen ist, übersteigt zunehmend den Nutzen. Die Zurichtung der ganzen Gesellschaft auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dass Umwelt-, Lohn- und Sozialdumping die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen soll, ist nicht zu leugnen – es gehört zu den Troika-Auflagen für die Euro-Krisenländer. Dieser Wettlauf nach unten ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

6

Wir müssen also umsteuern.

Aber Deutschland steht wie kaum ein anderes Land heute für weiter so, für eine neoliberal geprägte Globalisierung wie wir sie kennen und wie sie zu viele Verlierer und zu wenige Gewinner produziert. Kaum eine Industrie profitiert davon so sehr wie die deutsche, und deshalb ist die deutsche Politik in Sachen Handelsverträge, in Sachen Eurozone so reformresistent. Aber das bedeutet noch lange nicht, dass Sie und ich davon profitieren. Es kann nicht darum gehen, unseren überdimensionierten ökologischen Fußabdruck beizubehalten, unsere Exportrekorde weiter zu steigern und auf dieser Basis Hi-Tec-Umweltschutz zu machen.

Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen regionalen und globalen Märkten, wir müssen die ökologischen Grenzen des Planeten Erde respektieren, und deshalb muss unser Verbrauch in vielerlei Hinsicht schrumpfen. Wenn die Risiken einer extremen Weltmarktabhängigkeit immer grösser werden, kann es nicht schaden, wieder mehr auf regionale statt globale Wertschöpfungskreisläufe zu setzen. Nachhaltiger wäre es allemal.

Klar ist aber, dass eine dringend notwendige ökologische sogenannte Transformation nur dann stattfinden wird, wenn sie von den meisten als fair empfunden wird, und auch als Beitrag zur Lösung der wachsenden sozialen Probleme empfunden wird. Und das heißt, die Kosten dafür müssen im Wesentlichen bei denen landen, die die letzten 20 Jahre reicher geworden sind, und nicht bei denen, die in den letzten 20 Jahren ärmer geworden sind oder die seit 20 Jahren keine Reallohnsteigerung mehr haben. Das muss glasklar sein. Da kann man nicht einfach

Benzinpreise erhöhen, Zuckersteuern einführen, das Essen teurer machen, Mieten nach einer Wärmedämmung erhöhen und so weiter, und ansonsten glauben, das trifft ja alle gleich. Das tut es nämlich nicht.

So ein Projekt funktioniert nur, wenn damit eine auseinanderdriftende Gesellschaft wieder zusammenkommt. Es muss die Botschaft für alle transportieren: Du bist wieder systemrelevant, nicht reiche Anleger und Investoren. Dann kann das ein Erfolgsprojekt werden, dem sich rasch auch alle politischen Opportunisten anschließen werden - und das die Rattenfänger ohne Publikum zurücklassen wird.

Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gehören zusammen, sie sind die Grundlage jeder zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung, sie sind das Leitmotiv jeder demokratischen Alternative zum diskreditierten neoliberalen Projekt der letzten Jahrzehnte. Jetzt brauchen wir nur noch politische Akteure, die das umsetzen und die diskreditierten Dogmen der letzten Jahrzehnte beenden.

Herzlichen Dank

¹ Lt. UBA, Berliner Zeitung 211116